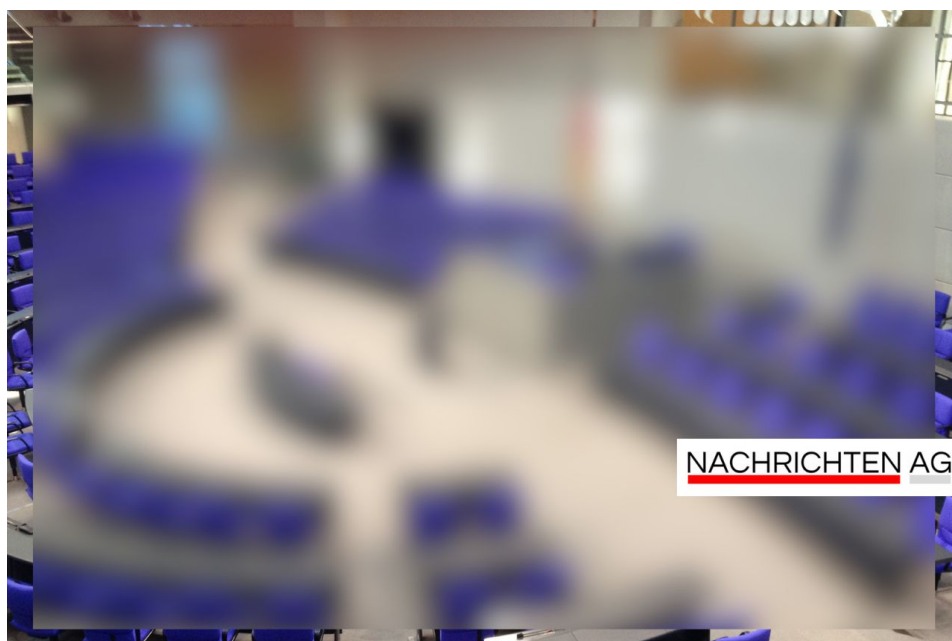


Entschädigungen für grünen Strom sinken: Wo bleibt der Netzausbau?

Bundesregierung senkt Entschädigungszahlungen für nicht genutzte erneuerbare Energien aufgrund von Netzengpässen und Marktpreisen.



Norddeutschland, Deutschland - Der Bund hat im Jahr 2022 insgesamt 553,94 Millionen Euro an Entschädigungen für nicht genutzten Strom aus erneuerbaren Energien ausgezahlt. Diese Zahl schildert die aktuelle Situation in der deutschen Energieversorgung, die von Engpässen im Stromnetz geprägt ist. Wenngleich die Entschädigungszahlungen in den letzten Jahren gesunken sind, bleibt das Thema relevant, da der Ausbau der Infrastruktur nicht mithält, insbesondere beim Anteil von Windkraft, der eine Schlüsselrolle in der Erzeugung erneuerbarer Energien spielt. So berichtet die **Sächsischen**, dass der Bund 2021 noch 807,10 Millionen Euro aus dem gleichen Grund ausbezahlt hat. Doch der Rückgang auf 186,14 Millionen Euro im Jahr 2022 war direkt mit den hohen Strompreisen während der

Energiekrise verbunden.

In den folgenden Jahren stiegen die Entschädigungen jedoch wieder auf 580,32 Millionen Euro im Jahr 2023 an. Diese Zahl verdeutlicht, dass das System der Entschädigungen weiterhin ein bedeutendes Element in der Förderung erneuerbarer Energien bleibt. Betreiber von Windrädern und Solaranlagen profitieren von einem staatlich garantierten Mindestabnahmepreis für ihren Strom. Der Bund übernimmt die Differenz, wenn der Marktpreis unter diesem Wert liegt, was den Erzeugern ermöglicht, auch bei Anlagenschaltungen finanzielle Sicherheit zu haben.

Entwicklung der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien

Eine kritische Rolle in dieser Dynamik spielen die langsamen Fortschritte im Netzausbau. Die **Merkur** hebt hervor, dass die Entschädigungszahlungen für nicht eingespeisten Strom Rekordhöhen erreichen. 2021 forderten die Betreiber von Windkraftanlagen bislang unbezahlte Erstattungen für über 5800 Gigawattstunden nicht genutzten Strom, während in diesem Jahr 111.500 Gigawattstunden aus erneuerbaren Energien eingespeist wurden. 93% dieser Entschädigungen gingen an Windkraftbetreiber, was den Druck auf die Netzinfrastuktur verdeutlicht. Der Bundestagsfraktionschef der Linksfraktion, Dietmar Bartsch, hat bereits die Bundesregierung kritisiert und mehr Engagement für den Netzausbau gefordert.

Statistiken des **Umweltbundesamts** zeigen eindrucksvoll, wie schnell sich die Landschaft der erneuerbaren Energien in Deutschland verändert. Im Jahr 2024 stieg der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch auf 22,4%. Windenergie allein machte 27% der Stromerzeugung aus und trug 138,9 Mrd. kWh zur Gesamtproduktion bei. Dies spiegelt den Trend wider, dass die Energiewende in Deutschland voranschreitet, auch wenn die Herausforderungen im Bereich der Netzinfrastuktur bleiben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Entschädigungszahlungen für nicht genutzten Strom aus erneuerbaren Energien sowohl eine Herausforderung als auch eine Möglichkeit darstellen. Der Bund wird auch weiterhin Hunderte Millionen Euro auszahlen, während gleichzeitig der Ausbau und die Modernisierung der Netzstrukturen dringender denn je erforderlich sind. Angesichts der Zielvorgaben für 2030, bei denen der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf 41% steigen soll, bleibt der Druck auf die Politik und die Netzbetreiber hoch.

Details	
Vorfall	Entschädigung
Ursache	Netzengpässe, langsamer Netzausbau
Ort	Norddeutschland, Deutschland
Quellen	• www.saechsische.de • www.merkur.de • www.umweltbundesamt.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net